

Schweiz

Nachrichten

SCHWEIZ-EU Milliarde soll nun schnell fließen

Der Nationalrat will die Zahlung der Kohäsionsmilliarde an EU-Staaten noch diese Woche beraten und unter Dach und Fach bringen. Nach dem Ständerat am Donnerstagvormittag wird der Nationalrat am Donnerstagabend in einer Open-End-Debatte über die Kohäsionsmilliarde entscheiden. Eigentlich hätte das Geschäft erst in der Winter-session in den Nationalrat kommen sollen. *sda*

STADT GENÈVE

Personal tritt in einen Streik

Die Angestellten der Stadt Genf treten am Donnerstag in einen Streik. Sie wollen sich gegen «Einsparungen auf dem Buckel des Personals» zur Wehr setzen. Ihre Löhne sollen 2022 nicht nach oben angepasst werden. Sie hätten von der Stadtverwaltung keine zufriedenstellenden Antworten auf ihre Forderungen erhalten, teilten die Gewerkschaften gestern mit. *sda*

HAFTSTRAFE

Lebenslang soll nicht nur 15 Jahre dauern

Das Parlament will die frühzeitige Entlassung bei einer lebenslangen Haftstrafe erschweren. Wer zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wird, solle nicht nach 15 Jahren wieder auf freien Fuss gesetzt werden. Der Entscheid im Nationalrat fiel mit 110 zu 60 Stimmen – gegen den Willen der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung. *sda*

AHV

Mehr Kulturleute sind beitragspflichtig

Auch angestellte Kulturschaffende mit einem Jahresverdienst von 2300 Franken und weniger sind ab dem ersten Franken AHV-beitragspflichtig, wie der Bundesrat in einer Antwort auf eine Interpellation erklärte. *sda*

Der Bundesrat zeichnet im Falle eines Neins ein düsteres Szenario

Covid-19-Gesetz Ende November stimmt die Schweiz über das Covid-19-Gesetz ab. Vor allem Reisende und der Tourismus würden leiden, sagt die Landesregierung.

Das Zertifikat erleichtere aktuell das Reisen im In- und Ausland, das sei für das Tourismusland Schweiz von grosser Bedeutung, sagte Bundespräsident und Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) gestern. Wenn bei einem Nein zum Covid-Gesetz die rechtliche Grundlage für das Zertifikat verschwände, hätte das laut der Regierung verheerende Folgen für die Tourismus-, Gastro- und Hotelleriebranche, die sowieso schon unter Druck stehe.

Gesundheitsminister Alain Berset (SP) hob weitere Vorteile des Covid-Zertifikats hervor: «Das Zertifikat verhindert Schliessungen», sagte er. Das Instrument habe sich in den vergangenen Wochen bewährt. Die Zertifikatspflicht bleibe aber nur so lange in Kraft wie notwendig. «Wir schauen uns das jede Woche an.»

Stimmung ist schlechter

Würde das Covid-Gesetz Ende November von der Stimmbevölkerung abgelehnt, träten die Bestimmungen der dringlichen Vorlage laut dem Bundesrat am 19. März 2022 – ein Jahr nach der Verabschiedung durch das Parlament – ausser Kraft. Von diesem Zeitpunkt an könnten also beispielsweise keine Covid-Zertifikate mehr ausgestellt werden, auch nicht für Auslandsreisen. Unklar sind auch die Auswirkungen im Ausland. Die gegenseitige Anerkennung der Zertifikate durch die EU fiele auf jeden Fall weg.

«Wir haben keinen Plan B», sagte Berset. Die einzige Möglichkeit nach einem Nein wäre seiner Ansicht nach, eine neue gesetzliche Grundlage für ein Zertifikat zu schaffen. Der ordentliche Gesetzgebungsprozess würde lange dauern. Sicher sei, dass es ab Frühling bis Ende 2022 keine Grundlage für ein Zertifikat gäbe.



«Wir haben keinen Plan B»: Bundesrat Berset. KEYSTONE

Die «Freunde der Verfassung», die bereits zum zweiten Mal gegen die Vorlage das Referendum ergriffen haben, stören sich am Covid-Zertifikat. Ihrer Ansicht führt dieses zu einer

Spaltung der Schweiz und zu einer massiven Überwachung von allen. Im vergangenen Juni hatte die Schweizer Stimmbevölkerung das Covid-19-Gesetz mit rund 60 Prozent angenommen.

Seither hat sich die Stimmung in Teilen der Bevölkerung verschlechtert. Wöchentlich finden – teils gewalttätige – Kundgebungen gegen die Corona-Politik des Bundesrats statt. *sda*

Weniger Fälle

Für die Zeit innerhalb der letzten 72 Stunden hat das Bundesamt für Gesundheit 3096 neue Coronavirus-Ansteckungen gemeldet. Eine Woche davor waren es 4032. Gleichzeitig registrierte das BAG 11 neue Todesfälle und 49 Spitaleintritte. Am Montag vor einer Woche waren es 15 neue Todesfälle und 102 Spitaleintritte. Die Reproduktionszahl R, die angibt, wie viele Personen eine infizierte Person im Durchschnitt ansteckt, lag vor rund zehn Tagen bei 0,86. Die Auslastung der Intensivstationen in den Spitälern beträgt zurzeit 77,2 Prozent. 30,7 Prozent der verfügbaren Betten werden von Covid-19-Patienten besetzt. *sda*

Länger mit Gratistests?

Die Gesundheitskommission des Nationalrats fordert den Bundesrat erneut auf, die Corona-Gratistests für asymptomatische Personen beizubehalten, solange die erweiterte Zertifikatspflicht gilt. Die Empfehlung, die Gratistests beizubehalten, hatte die Kommission dem Bundesrat bereits vergangene Woche mit auf den Weg gegeben. Am Freitag gab die Regierung jedoch bekannt, dass sie an ihrem Grundsatzentscheid, das Gratistest-Regime mittelfristig aufzuheben, festhalten wolle. Definitiv entscheiden will der Bundesrat am kommenden Freitag. *sda*

Für Zertifikationspflicht

Der Ständerat hat der Zertifikatspflicht für den Zutritt ins Parlamentsgebäude zugestimmt. Eine Ausnahme gibt es: Vor einem Test ist der Eintritt mit Schutzmaske zugelassen. Die Staatspolitischen Kommissionen hatten nach einem medialen Aufschrei eine Vorlage für die parlamentarische Zertifikatspflicht ausgearbeitet. Die dringliche Gesetzesvorlage passierte in der Fassung der Kommission. Deren Präsident Andrea Caroni (FDP/AR) sagte, die Vorlage räume kein Privileg des Parlaments aus. Auch in Kantons- und Gemeindegebieten gebe es keine Zertifikatspflicht. *sda*

Ein kleiner Schritt zur Abschaffung

Heiratsstrafe Der Bundesrat hat nach Druck des Parlaments eine Auslegeordnung zu möglichen Modellen der Individualbesteuerung verabschiedet.

Bei der Individualbesteuerung werden die Einkommen von Ehepaaren nicht mehr zusammengerechnet und gemeinsam besteuert, sondern jede natürliche Person wird einzeln besteuert. In der Herbstsession 2020 beschloss das Parlament, dass die Einführung der Individualbesteuerung in die Legislaturplanung 2019 bis 2023 aufgenommen werden soll. Der Bundesrat wurde aufgefordert, eine Botschaft zur Einführung zu verabschieden.

Da eine solche Individualbesteuerung ganz unterschiedlich ausgestaltet werden könne, habe der Bundesrat in einem ersten Schritt eine erste Auslegeordnung vorgenommen und diese dem Parlament vorgelegt, heisst es nun in einem Bericht. Der Bericht solle als Grundlage dienen, um eine Diskussion über die Eckwerte einer Individualbesteuerung führen zu können.

Vertieft analysiert hat der Bundesrat drei Modelle. Die Auslegeordnung geht nun an das Parlament. Im letzten Quartal des Jahres sollen die Kommissionen von National- und Ständerat Stellung nehmen können. Gleichzeitig findet eine Konsultation bei den Kantonen statt. Der Bundesrat geht davon aus, dass der Wechsel auf die Individualbesteuerung auf Ebene des Bundes und Kantons gleichzeitig eingeführt wird. 2022 soll dann eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt werden, die 2023 von den Räten verabschiedet werden soll.

Zur Einführung der Individualbesteuerung ist ausserdem eine Volksinitiative in Vorbereitung. Im März dieses Jahres lancierte der Verein Individualbesteuerung Schweiz die Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung». *sda*

Freitag 1. Oktober bis Sonntag 3. Oktober 2021
Vendredi 1^{er} octobre au dimanche 3 octobre 2021

markt
BRADERIE
biel

marché
BRADERIE
bienne



bieler
BRADERIE
biennoise



www.bielerbraderiebienne.ch
www.bielerbraderie.ch
www.braderiebienne.ch